Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 46 (1966-1967)
Heft: 2

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

RUNDSCHAU

BESTÄTIGUNG DER POLITISCHEN FÜHRUNG IN MOSKAU UND LONDON

In Moskau wie in London sind in diesem Monat die politischen Führungsgremien neu bestellt worden, und in beiden Hauptstädten erhielten die Bisherigen die *Bestätigung* ihres Mandates. Sowohl in Großbritannien als auch in der Sowjetunion befanden sich die Machthaber fast auf den Tag genau gleich lang in ihren Positionen: am 14. Oktober 1964 hatten Breschnew und Kossygin den damaligen Ministerpräsidenten Chruschtschew abgelöst, und einen Tag darauf hatte das britische Volk zum dritten Mal seit dem Kriege der Labourparty die Mehrheit der Stimmen gegeben. Mit dieser zeitlichen Koinzidenz erschöpfen sich jedoch die Parallelen. In Großbritannien wurde eine *freie Wahl* durchgeführt, in Rußland vollzog sich die Bestätigung der politischen Führungsspitze auf einem von den Machthabern selber gelenkten und manipulierten *Massenkongreß* der Partei.

Der 23. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, der vom 29. März bis zum 7. April im Moskauer großen Kremltheater tagte, hat nicht jenen spektakulären Verlauf genommen wie der vorangegangene Parteikongreß im Oktober 1961. Vor viereinhalb Jahren hatte der damalige Partei- und Regierungschef, *Nikita Chruschtschew*, den bösen Geist Stalins zum zweiten Mal verflucht und die sterblichen Überreste des Diktators aus dem Mausoleum auf dem Roten Platz entfernen lassen. Nachdem nun in der Zwischenzeit Chruschtschew selber in der Versenkung verschwunden ist, war man anfänglich geneigt anzunehmen, in Moskau werde diesmal ein Scherbengericht über ihn gehalten und sein Vorgänger erstehe wieder, möglicherweise in weniger glorioser Form als einst, erneut als Pater patriae des Sowjetvolkes, als Held des Großen Vaterländischen Krieges und der Lehrer des Kommunismus. Die in dieser Richtung gehenden Erwartungen sind enttäuscht worden. Zwar wurde die Politik Chruschtschews zum Teil recht hart kritisiert, aber zu einer eigentlichen Verdammung ist es nicht gekommen. Von einer Re-Stalinisierung kann keine Rede sein; die neue Führungsgruppe im Kreml hütete sich aus guten Gründen, die Geister jener Epoche wieder loszulassen und damit eine Entwicklung einzuleiten, deren Verlauf nicht abzusehen gewesen wäre.

Profilloser Kongreß

Es war ein Partei-Kongreß, dessen Konturen nur schwer nachzuzeichnen sind, da den wichtigsten und drängendsten Problemen mit Vorsicht ausgewichen wurde. So wurde die heikle Frage des *Verhältnisses zu Peking* praktisch überhaupt nicht erörtert. Die sowjetische Führung bemühte sich, China mit Glacéhandschuhen anzufassen; selbst das kleine Albanien, sonst der beliebte Prügelknabe Moskaus in der Auseinandersetzung mit Mao Tse-tung, blieb so gut wie unbehelligt. Der ganze Ablauf des Parteitages zeigte, daß sich im Kreml noch keine neue klare Linie herausgebildet hat, weder ideologisch noch außenpolitisch. Innerhalb der Partei scheint ein *labiles Gleichgewicht* zwischen verschiedenen Gruppen zu bestehen. *Leonid Breschnew*, das Haupt der Parteibürokratie, spielte am Kongreß verständlicherweise die bedeutendste Rolle, aber auch wenn er — gleich Stalin — nun wieder den Titel eines «Generalsekretärs» der Partei angenommen hat, ist er noch weit davon entfernt, eine auch nur annähernd gleiche Stellung und Autorität zu besitzen wie der frühere Diktator. Fast gleichberechtigt erscheinen neben ihm in dem nun wieder Politbüro genannten obersten Parteispitze *Kossygin*, *Podgorny* und *Suslow*. Man zögert, auf dieses *Quadrumvirat* den Begriff

der «kollektiven Führung» anzuwenden, da die gegensätzlichen Tendenzen innerhalb der Gruppe zu offenkundig sind, als daß dem Außenstehenden glaubhaft gemacht werden könnte, die vier obersten Führer der Partei bildeten einen «monolithischen Block». Ihr vornehmliches gemeinsames Interesse besteht in der Verteidigung ihrer Führungsposition gegenüber den nachdrängenden jüngeren Kräften.

Die Hauptbedeutung dieses profillosen 23. Parteitages dürfte deshalb weniger in sachlichen als in *personellen Fragen* zu finden sein. An der Spitze der Kommunistischen Partei der Sowjetunion steht gegenwärtig eine Gruppe von Funktionären, die offensichtlich abgeneigt sind, eine Politik der Experimente zu treiben. Es geht ihnen vor allem um die Konsolidierung des Bestehenden. Das mag auf den ersten Blick beruhigend wirken. Man darf jedoch nicht übersehen, daß die inneren Spannungen der Partei durch diesen Schulterschluß der vier führenden Bürokraten nur überdeckt, aber keineswegs beseitigt sind. Zwischen dem orthodoxen Ideologen Suslow und dem technokratischen Pragmatiker Kossygin bestehen zweifellos in vielen Fragen divergierende Auffassungen. Wie weit sie durch Kompromisse vereinbart werden können und wie lange taktische Überlegungen dem Quadrumvirat eine Weiterführung der Zusammenarbeit opportun erscheinen lassen, wird die Zukunft zeigen.

Der Parteitag hat jedenfalls kaum etwas dazu beigetragen, die stark geschwächte Position Moskaus innerhalb des Weltkommunismus zu stärken. Hier dürften die Ansatzpunkte für die *junge Generation* liegen, die auf diesem Kongreß von der an den Schalthebeln der Macht sitzenden arrivierten Gruppe von Leuten mittleren Alters völlig ausmanövriert wurde. Jede Zuspitzung des ideologischen Konflikts mit China kann das Gleichgewicht der Kräfte im Politbüro jederzeit ebenso in Frage stellen wie etwa ein spektakulärer außenpolitischer Mißerfolg ähnlich dem Rückzug aus Kuba im Herbst 1962. Dann wird es sich zeigen, ob das kollektive Regime einer solchen Belastungsprobe gewachsen ist oder ob die Entwicklung nicht wieder in eine autokratische Herrschaftsform zurückführt.

Wilsons Wahlsieg

Am 31. März hat das britische Volk seiner Regierung eine *breitere Basis* gegeben. Im Oktober 1964 hatte Labour nur einen knappen Wahlsieg errungen, der ihm im Unterhaus eine Mehrheit von wenigen Sitzen verschaffte. Premierminister *Wilson* hat in den darauf folgenden siebzehn Monaten mit großem Geschick sein Kabinett durch die ständig drohenden Gefahren eines Mißtrauensvotums des Parlaments gesteuert. Im taktisch richtigen Moment hat er dieses Parlament, mit dem er nicht störungsfrei arbeiten konnte, aufgelöst und *Neuwahlen* ausgeschrieben. Der Erfolg hat ihm recht gegeben: mit einer Mehrheit von rund hundert Sitzen verfügt Wilson heute über ein Mandat, das ihm die Möglichkeit gibt, während einer vollen Legislaturperiode zu regieren.

Der Laboursieg stand während des eher flauen und mit Zurückhaltung geführten Wahlkampfes kaum je in Frage. Wilson wich mit Geschick allen verpflichtenden Stellungnahmen aus und beschränkte sich auf den Hinweis, daß es gegenwärtig jedermann gut gehe und man ihm die Chance geben sollte, sein Programm ungehemmt durch Zufallsentscheide des Parlamentes durchzuführen. Die Konservativen, die sich in dreizehnjähriger Regierungstätigkeit verbraucht haben, mußten gegen ihren eigenen Schatten kämpfen. Sie hatten es schwer, an Labour Kritik zu üben, ohne dabei Maßnahmen in Erinnerung zu rufen, die sie einst selber angeordnet hatten. Zudem ist die Führungskrise bei den Tories noch immer nicht beigelegt. Ihr neuer Leader, *Edward Heath*, ein blendender Intellektueller, stößt in weiten Kreisen auf Widerspruch und führte den Wahlkampf, in dem er gegen den allgemeinen Trend anzukämpfen hatte, zwar mit großem Elan, aber doch recht glücklos. Er war zweifellos nicht die große Führerpersönlichkeit, deren die Konservativen in diesem Augenblick bedurft hätten, um den

Gang der Ereignisse zu ihren Gunsten zu wenden. Auf der andern Seite hatte Wilson es verstanden, durch sein konziliantes Auftreten und seine Mäßigung weite *Mittelschichten* für die Labourparty zu gewinnen. Manche bürgerlichen Kreise, die im Herbst 1964 einer sozialistischen Regierung noch mißtrauisch gegenüberstanden und sich vor Sozialisierungsexperimenten fürchteten, schenkten diesmal der Arbeiterpartei ihr Vertrauen. Man wollte endlich aus dem Zustand der Halbanarchie heraus, der seit den letzten Monaten der Regierung Macmillan geherrscht hatte und der auch nach dem knappen Laboursieg von 1964 weiter dauerte.

Wilson hat gleich nach dem Wahlsieg zu erkennen gegeben, daß er entschlossen ist, den bisherigen Kurs fortzuführen. Sein neues Kabinett ist gegenüber dem letzten nur geringfügig verändert. Seinen Willen, das Problem *Europa* anzupacken und im Laufe der kommenden fünf Jahre zu einer Lösung zu gelangen, demonstrierte er durch die Ernennung von Wirtschaftsminister *George Brown* zum obersten Koordinator dieser Fragen, dem Staatsminister *George Thomson* als Adlatus beigegeben ist. Innenpolitisch wird sich Wilson mit der Frage der *Verstaatlichung der Stahlindustrie* auseinanderzusetzen haben. Auf wirtschaftlichem Gebiet wird sich auch entscheiden, wie weit Wilson das «Image» eines *überparteilichen Führers* der Nation bewahren kann, das er von sich selber geschaffen hat. Nur wenn ihm das gelingt, wird er hoffen können, am Ende der Legislaturperiode in seinem Amte bestätigt zu werden.

Für die Konservativen bedeutet die Niederlage ein Anstoß zur *Selbstbesinnung*. Die Tories müssen wieder eine Richtung finden, und sie müssen eine Partei werden, die auch für jüngere Wähler mittlerer Schichten attraktiv ist. Und vor allem brauchen sie eine klare, zielbewußte Führung, die entschlossen ist, eine Politik zu treiben, die dem Land den Anschluß an die modernen technischen und wirtschaftlichen Entwicklungen sichert. Nur so können sie damit rechnen, die Erinnerung an den kläglichen Auflösungsprozeß zu tilgen, der das Ende ihrer Herrschaft zwischen 1962 und 1964 charakterisierte.

Londons Politik in Rhodesien

Wenige Tage nach seiner Wiederwahl wurde Premierminister Wilson bereits mit einem jener zahlreichen Probleme konfrontiert, die im Wahlkampf vorsorglicherweise ausgeklammert worden waren. Um die Blokkade gegen die Siedlerregierung *Ian Smiths* in *Rhodesien* rigoroser durchführen zu können, ließ sich Großbritannien vom Sicherheitsrat Vollmachten geben, gegen Schiffe, die Erdöl nach Rhodesien zu transportieren suchen, nötigenfalls mit Gewalt einzuschreiten. Das Labourkabinett hat damit seinen Willen demonstriert, Rhodesien weiter unter Druck zu halten und das Land zum *Status quo ante* zurückzuführen. Die Überlegung, einer eventuellen Intervention der Vereinigten Nationen zuvorzukommen, mag beim Schritt Wilsons in New York mitgespielt haben. Bei einem Eingreifen der UNO in die verfahrene Situation in Rhodesien hätte London die Kontrolle über die Lage wahrscheinlich völlig aus den Händen verloren — ganz abgesehen davon, daß analoge Aktionen der Weltorganisation in Afrika kaum je einen Verlauf genommen hätten, der zu einer Wiederholung solcher Experimente ermutigen würde.

Mit seinem Entschluß, sich *plein pouvoir* für militärische Maßnahmen auf hoher See zu geben, hat Wilsons Politik jedoch die äußerste Grenze des Tragbaren im Rhodesienkonflikt erreicht. Zur direkten Anwendung von Gewalt gegen das Siedlerregime wird sich eine britische Regierung nicht hergeben können. Zu eng sind die Bande, die Rhodesien, das immerhin eine mustergültige Verwaltung aufgebaut hat, auch heute noch mit dem ehemaligen Mutterland verbinden. Eine militärische Intervention Großbritanniens in Salisbury würde in England eine innenpolitische Krise auslösen, die Wilson wohl nur schwerlich meistern könnte. Als gewiegter Taktiker wird er alles zu vermeiden suchen, was ihn in einen solchen harten Konflikt hineinmanövrieren könnte.

Fabius